



Nr. 290.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbl. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbl. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbl. 7-50.

Samstag, 18. Dezember.

Insertionsgebühr: Für kleine Anzeigen bis zu 4 Seiten 25 kr., größere der Seite 5 kr.; bei älteren Wiederholungen per Seite 3 kr.

1880.

## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben dem Bezirksschreiber Karl Grafen Bierotin die k. k. Kämmererswürde allernächst zu verleihen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 17. Dezember.

Das hohe k. k. Handelsministerium und das Königlich ungarische Ministerium für Ackerbau, Industrie und Handel haben das dem Lambert Ritter v. Panz, technischer Director der kroatischen Industriegesellschaft zu Sava, auf eine eigenthümliche Drahtseilbahn, respective einen Drahtseilbahnberg unterm 6. August 1875 ertheilte ausschließende Privilegium auf die Dauer des 6. und 7. Jahres verlängert.

Was hiemit infolge hohen Erlasses des k. k. Handelsministeriums vom 24. September l. J., B. 28,274, zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird.

### Zur Lage.

Ueber die Bauernbewegung äußert sich die „Presse“ in einem Leitartikel, dem wir Folgendes entnehmen: „In Oberösterreich greift eine Bewegung um sich, deren Ziele unklar und verschwommen, deren Folgen unberechenbar sind. Man braucht nicht gerade zu jenen ängstlichen Gemüthern zu zählen, welche hinter jeder fühnen Phrase, hinter jedem verwegenen Schlagworte irgend ein Gespenst erblicken, um in der oberösterreichischen Bauernbewegung eine Mahnung zu erblicken, nicht leichtfertig über Klagen und Beschwerden wegsehen, welche genaue Erwägung und Würdigung verdienen, aber auch nicht mit billigen Versprechungen und Vertröstungen in die Kreise jener Bevölkerungsschichten Hoffnungen zu tragen, deren Realisierung außer dem Bereich des Möglichen und Erreichbaren liegt. Die Agitation gegen die Grundsteuerregulierung würde auch in der Form, wie sie in dem Lande ob der Enns jetzt in Scene gesetzt wird, vollkommen berechtigt sein, wenn nicht bereits jetzt Fragen und Verhältnisse mit in die Bewegung hineingezerrt würden, welche mit der Grundsteuerreform nichts zu schaffen haben und die nicht mehr einen politischen, sondern einen rein agrarischen Charakter tragen. Das, was

man in Ried, Böcklabruck und an anderen Orten verlangte, geht weit über alles das hinaus, was man bis jetzt als Wunsch der Landbevölkerung zu hören gewohnt war. Da ist wenig von der Grundsteuerregulierung, gar nichts von jenen bekannten Desiderien, die sich auf die Dauer der Schulpflicht, Beschränkung der Freizügigkeit, des Eheconsenses, Regelung des Gemeindebesitzes, Reform der Verwaltung in den Landbezirken, Aufhebung des Rechtes der Freiheitsharkeit u. beziehen, die Rede gewesen. Um so lauter wurde dagegen die Forderung der Erhöhung der Kornzölle gestellt, und diese allein genügt, um der ganzen Bewegung den Stempel aufzudrücken.

Was bedeutete es, wollte man derselben willfahren? Die Bevorzugung eines Standes auf Kosten aller anderen, die Benachtheiligung der Industrie und aller jener Tausend und aber Tausend, welche sich von derselben nähren, die Vertheuerung der Arbeitskraft und die Vertheuerung der unumgänglichsten Lebensmittel. Die Bauernagitoren in Oberösterreich fragen nicht nach Nationalität und Confession, nicht nach dem politischen Glaubensbekenntnisse. Sie erklären ausdrücklich, mit keiner der beiden großen, herrschenden Richtungen zu sympathisieren, weder liberal noch clerical zu sein, sondern bloß und einzlig auf dem Boden ihres Eigeninteresses zu stehen. Sie gehen mit dem, der ihnen mehr entspricht, und sie werden sich an den halten, der ihnen mehr verschafft. Haben wir recht, wenn wir uns solchen Verhältnissen die Bewegung sowohl in ihrer Anlage, als in ihren Zielen bedenklich finden, und wenn wir insbesondere die Verfassungspartei warnen, vorsichtig zu sein und sich nicht über Hals und Kopf mit Bestrebungen zu identifizieren, die man theilweise gar nicht kennt? Will es etwa die liberale Partei mit diesen Elementen versuchen, glaubt sie dieselben als Sturmböcke gegen die Regierung und das System verwenden zu können? Wir halten dafür, dass eine große Partei und noch dazu eine solche, die sich mit Recht als Trägerin des Staatsgedankens geriert, nicht Tagesspolitik machen dürfe, dass sie sich vor jeder größeren Action fragen müsse, was durch dieselbe nicht nur sie, sondern auch der Staat gewinnen könne? Was würde die Partei aus der Bundesgenossenschaft gewinnen, welche taktischen Vortheile aus dieser Allianz ihr erwachsen? Wagen die etwaigen ephemeren taktischen Vortheile, die man aus der Bundesgenossenschaft mit Herrn Kirchmair und Comp. ziehen kann, die sicherer politischen Nachtheile auf? In dem Momente, da die Verfassungspartei sich wieder der Bügel der Regierung

bemächtigt, würde sie einen Theil der Forderungen der bürgerlichen Radicale zurückweisen müssen, denn viele derselben sind unvereinbar mit den Interessen des Staates, unvereinbar mit den Interessen der Gesamtbewölkerung. Die Partei kommt dabei dann ebenso kurzweg wie der Staat, welcher neuen Beunruhigungen und neuen Wirren preisgegeben würde.“

Die „Presse“ charakterisiert die Debatte im Abgeordnetenhaus, tadelnd diejenigen, die für die Verweigerung des Budgets gestimmt haben, und sagt dann: „Wir bedauern diese Procedur der deutsch-liberalen Partei. Sie wird trotz der glänzenden Bereitsamkeit, mit welcher sie motiviert werden wollte, nicht verstanden in der Bevölkerung. Mag man immerhin über die Lage denken, wie man will, die Lage des Deutschthums in Österreich und des liberalen Gedankens ist keine tragische, welche das letzte Mittel parlamentarischen Widerstandes, die Budgetverweigerung, rechtfertigen würde. Herr von Plener hat eine geistvoll componierte, in ihren Pointen oft sehr glücklich zugespielt, aber gegen alle „gemäßigten“ Traditionen in hellem Widerspruch befindliche Brandrede zum Fenster hinausgeholt. Dass er, der ängstliche Hüter der Steuerschraube, gerade jetzt sich für die Kleinhäusler begeistert und gegen die Steigerung auf 3 fl. polemisiert, welche die Haushaltsteuer ihnen aufzubüdet; dass gerade er sich plötzlich der Pflicht erinnert, die Abgeordneten hätten für alle Stämme und Gesellschaftsklassen, auch für die durch die Petroleumsteuer bedrohten arbeitenden Klassen zu sorgen; dass er gerade jetzt dieses universelle Pflichtenprogramm, diesen fiscalischen Humanismus predigt, das ist so gut auf — die Massen berechnet, wie wir es dem so gouvérnementsmöglichen, so durchaus nicht demagogenhaft angelegten Herrn von Plener nicht zugetraut hätten. Der geistvolle Finanzgelehrte hat heute bewiesen, dass er sich zu helfen und unter Umständen sich recht populär zu machen weiß. Minister Dunajewski debütierte heute als Sprechminister der Regierung. Seine Rede konnte einen ressortmäßig finanziellen Inhalt nicht haben, weil die Angriffe rein politische waren, die er abzuwehren hatte, und weil er die metrische Erörterung der finanziellen Bedenken ablehnte. Als alter Parlamentarier griff der Minister frischweg zu den ihm gefügigen dialektischen Mitteln und gab Hieb auf Hieb, Stich auf Stich nach österreichischer Finanztradition mit guten Zinsen heim, und zwar ohne Bedachtnahme auf das bevorstehende Wuchergesetz.“

## Teilstück.

### Wiener Skizzen.

17. Dezember.

Wenn einmal eine Concurrenz ausgeschrieben würde, welche Stadt das Jahr hindurch das denkbar schlechteste Wetter nachweisen könnte, ich glaube — Wien erhielte den Preis. Salzburg ist verrufen seines vielen Regens wegen, Ischl dagegen, und von Klagenfurt behauptete einmal ein Engländer, es regne jahrelang. Regen allein thut aber nicht, da muss noch Wind dabei sein, und wenn diese beiden einmal im Wiener Becken eingekreist sind, dann gehen sie so bald nicht wieder fort. Von Samstag früh bis Mittwoch früh haben wir in Wien ein Wetter gehabt, wie es anderwärts gar nicht vorkommen mag; nicht einen Hund hätte man vor die Thüre gesetzt, aber die Menschen müssen ihrem Erwerbe nachgehen, sie müssen durch den Regen patschen, durch die Wassertümpel waten, sie müssen dem kategorischen Imperativ, den der Kampf ums Leben vorschreibt, gehorchen, sie sind schlimmer daran, wie die Hunde — in der Großstadt Wien nämlich, denn für die sorgt der Thierschutzverein in zärtlichster Weise.

Nun behauptet man, dass nichts so sehr auf die Gemüthsstimmung des Menschen einwirke, als das Wetter. Wenn das der Fall ist, dann ist auch erklärt, warum es die letzten Tage so viel Unzufriedene in Wien gab, warum so viel Zeter über Benachtheilung der heimischen Industrie erhoben wurde, warum im Abgeordnetenhaus eine solche Erbitterung der gegenüberstehenden Parteien herrschte, die sogar zu dem Versuche einer Steuerverweigerung führte. Das grässliche

Wetter verhinderte auch, dass ein frischer Zug in den Weihnachtsmarkt kam, die Damen, die eifrigsten Kunden der verschiedenen Verkaufsgewölbe vor Weihnachten, getrauten sich nicht, über die Straße zu gehen, und so stockte das Geschäft allenthalben. Die Geschäftsleute waren schon missmuthig über die angebliche Umgehung der heimischen Industrie bei Einrichtung des Haushaltes des Kronprinzen Rudolf, das schlechte Wetter erhöhte natürlich diese Verstimmung. Post postilla phöbus; den Dezemberstürmen ist zwar ein heiterer, kalter Wintertag gefolgt, die Gemüther der Geschäftsleute und Industriellen haben sich auch beruhigt, da es sich herausstellte, wie ganz unbegründet die Gerüchte über die Benachtheiligung der heimischen Industrie waren, dafür aber ist schlechtes Wetter im Gemeinderath eingekreist, und die Herren auf den curulischen Stühlen sind in die allerübteste Laune versetzt.

Nichts Schlimmes ohnend, waren die Vertreter der Großcommune Wien Dienstag Abend versammelt, um unter anderem auch den Bericht der Festcommission über die wegen Ausstattung des Kronprinzen eingesetzten Erhebungen anzuhören. Der Gemeinderath hatte nämlich die Festcommission beauftragt, solche Erhebungen zu pflegen, nachdem vorher schon der Bürgermeister Newald die Hofämter persönlich fragt und die beruhigendsten Erklärungen erhalten hatte. Der Bericht der Festcommission lautete nun dahin, dass alle Nachrichten bezüglich Schädigung der heimischen Industrie durch Bestellungen des kaiserlichen Hofes im Auslande übertrieben waren. Der Referent hatte eben geendet und es sollte über eine Resolution abgestimmt werden, nach welcher der Gemeinderath diese Mitteilungen einfach zur Kenntnis nehme, als ein Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten eintraf, in welchem dem

Bürgermeister die Ablehnung des Festballes in der Hofoper durch Se. Majestät den Kaiser angezeigt wurde. Das Schreiben wirkte wie eine hereingefallene Bombe, die Gemeinderäthe starnten es verdutzt an, und die Aufregung stieg infürze so, dass der Bürgermeister die öffentliche Sitzung schließen musste. Auf diese Wendung war man nicht gefasst, und doch war sie vorauszusehen; sie war die natürliche Folge der Tatsachen, der gegenwärtig tonangebenden Partei im Gemeinderath, der sogenannten Mändl-Lueger-Partei, an deren Spitze leider der Bürgermeister Newald steht. Zunächst war es tactlos, dass das Präsidium ohne Auftrag die Hofämter zur Rede stellte, dann war es tactlos, trotz der erhaltenen Erklärungen, Erhebungen einzuleiten, weiter war es tactlos, dass man diese Erhebungen mit den Festvorbereitungen in Verbindung brachte, dass ein Gemeinderath sogar beantragte, diese Vorbereitungen zu sistieren, bis Klarheit in die Angelegenheit gebracht sei.

Nachdem so viele der Sorge enthoben sind, sich eine Karte zum Festballe zu verschaffen, — es waren wohl Tausende, — können sie sich wieder mehr mit der Frage beschäftigen, was sie als Weihnachtsgeschenke kaufen sollen. Die Frage ist nicht so leicht zu beantworten, denn der verlockenden Gegenstände gibt es nicht wenige, und man will doch etwas Passendes, Praktisches und Gefälliges zugleich wählen. Ich pflege mir in solchen Fällen immer zu helfen, indem ich mich dem geistigen, dem literarischen Gebiete zuwende, und ein gutes, unterhaltendes oder fesselndes Buch ist immer eine willkommene Gabe. Unsere Buchhändler pflegen deshalb auch Weihnachts-Ausstellungen zu veranstalten, und was sich da dem Auge bietet, ist bestechend genug, denn gerade in den Einbänden der Bücher wird jetzt eine künstlerische Pracht entwickelt,

### Vom Reichsrathe.

Nede Sr. Excellenz des Herrn Finanzministers  
Dr. Dunajewski.

(Gehalten in der Sitzung am 14. d. M. — Fortsetzung.)

Die Besorgnisse und Befürchtungen, welche in dieser Beziehung bezüglich des österreichischen Beamtenstandes geäußert wurden und nicht nur vom ersten Herrn Redner, sondern und mit besonderem Nachdrucke von dem zweiten — theile ich einfach nicht. Ja, meine Herren, das ist Ansichtssache, und zwar theile ich sie nicht aus zwei Gründen. Erstens aus dem Grunde, weil der österreichische Beamtenstand meiner Überzeugung nach in seinen Traditionen, in seiner Opferwilligkeit für den Staat im großen und ganzen schon so viel Ausdauer, Charakterfestigkeit seit einem Jahrhunderte bewiesen hat, dass der unabsehbliche Wechsel der Parteien und Parteiregierungen in dieser Beziehung wohl kaum einen Nachtheil wird bringen können, und weil es eben immer Ausnahmen gibt und geben wird, so theile ich diese Besorgnis auch aus dem zweiten Grunde nicht, weil trotz allem die gefährlich jeder Regierung, die ernstlich ihre Aufgabe erfasst, zugebote stehenden Mittel hinreichen, um derartigen Nachtheilen oder Gefahren vorzubeugen, dass es aber vom Standpunkte der Opposition und gerade von dem hochverehrten ersten Herrn Redner für zweckmäßig gehalten wird, diesen Befürchtungen einen meiner Ansicht nach ungerechtfertigten Ausdruck zu geben, und von dieser hohen Stelle, dem Stuhle eines Deputierten aus, gewissermaßen ernste Besorgnisse hineinzutragen in den österreichischen Beamtenstand, darüber erlaube ich mir kein Urtheil und überlasse darüber das Urtheil dem hohen Hause.

Es wurde endlich von beiden Herren Rednern der Regierung unter anderem auch vorgeworfen, dass sie mit der Majorität fortwährend in Berührung tritt. Man könnte einwenden, so naiv ist die Regierung nicht, um ihre Freunde zu vernachlässigen und vielleicht ihren Herren Gegnern zu Diensten zu sein. Aber es wurde unter anderem bei Besprechung dieses Verhältnisses bemerkt, dass die Regierung Concessionen ertheile, dass ein Feilschen — auch dieses Wort habe ich gehört — stattfindet. Die Herren wissen also besser, was zwischen Regierung und Majorität vorgeht, als die Majorität und die Regierung. Dagegen kann ich nicht ankämpfen, aber das kann ich den Herren sagen, dass überhaupt über das Verhältnis der Majorität zur Regierung und der Regierung zur Majorität und über die Mittel, durch welche die Regierung sich die Majorität sichert — das natürlich ist ein Unglück für mich und nicht meine Schuld — ich nicht jene langjährigen Erfahrungen haben kann, welche die Herren von dieser (linken) Seite des hohen Hauses haben. Das kann ich aber die Herren versichern, dass trotz des „divide et impera“, trotz dieser fortwährenden Bestrebungen, Uneinigkeit zwischen die Regierung und die Parteien hineinzutragen — und das, glaube ich, kann ich denn doch wohl im Namen der Gesamtregierung erklären — die Regierung fest entschlossen ist, auf dem Wege der Gerechtigkeit, aber für alle, der Gerechtigkeit für alle Nationen dieses großen Reiches fortzuschreiten. (Rufe links: Grundsteuer.) Ich komme schon auf die Grundsteuer. Und ich könnte weiter gehen.

Mag es nun Heiterkeit bei den Herren erregen oder nicht — ich will wirklich die Herren nicht im mindesten verletzen — aber das ist meine Ueberzeugung. Ich will also weiter gehen; trotz aller Angriffe, welche gegen die Regierung gemacht werden nicht nur hier in diesem hohen Hause — denn das waren ja noch die angesehensten — trotz aller verschiedenen Mittel, die gebraucht werden in verschiedenen Richtungen und in verschiedenen Ländern, wird, glaube ich, die Regierung jetzt bei der Ueberzeugung bleiben und sie praktisch durchführen, dass die heftigste Gegnerschaft der einzelnen Deputierten oder Abgeordneten keine Regierung ermächtigt, es die Wähler desselben in der Verwaltung entgelten zu lassen, sie kann sich wie jeder Mensch irren, sie wird aber wissenschaftlich gewiss ganz gerecht sein. Ich überlasse es der Geschichte Österreichs, zu entscheiden, ob das immer so gewesen ist. (Forts. folgt.)

### 101. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 16. Dezember.

Sr. Excellenz der Herr Präsident Graf Coronini eröffnet um 11 Uhr die Sitzung.

Auf der Ministerbank: Sr. Excellenz der Herr Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Graf Taaffe, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Freiherr v. Biemalowski, Graf Faltenhayn, Dr. Prajek, Freiherr v. Conrad-Ehreshfeld, Dr. Freiherr v. Streit, Gm. Graf Welser-Sheimb, Ritter v. Kremer und Dr. Dunajewski.

Die Abgeordneten Reschauer und Genossen richten an den Ministerpräsidenten und den Handelsminister die Interpellation, ob und wann die Vorlage eines neuen Gewerbegegesches erfolgen werde?

Das Haus schreitet zur Vornahme von Nachwahlen in die Grundsteuerregulierungs-Centralcommission.

Die Abgeordneten aus Niederösterreich wählen zum Mitgliede den Abg. Birko, zum Erzählermann den Notar Dr. Kaiser; die Abgeordneten aus Oberösterreich zum Mitgliede den Abg. Dobhamer, zum Erzählermann den Dekonomen Meierzeidt; die Abgeordneten aus Steiermark zum Mitgliede Freiherrn v. Walterskirchen und zum Erzählermann Ritter v. Frank; die Abgeordneten aus Salzburg zum Erzählermann das Mitglied des Landessausschusses Ezech.

Fortsetzung der Specialdebatte über den Gesetzentwurf, betreffend die Forterhebung der Steuern und Abgaben, die Bestreitung des Staatsaufwandes in der Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1881, dann die Begebung von 14.500.000 fl. Obligationen der in Noten verzinslichen nicht rückzahlbaren einheitlichen Staatsschuld.

Zu § 3, welcher bestimmt, dass zur Rückzahlung fällig werdender Kapitalien der allgemeinen Staatsschuld nach dem Gesetze vom 24. Dezember 1867 Obligationen der in Noten verzinslichen nicht rückzahlbaren einheitlichen Staatsschuld im Betrage von 14.500.000 fl. begeben werden sollen, spricht zuerst Abg. Neuwirth. Redner versichert vor allem, dass er der getrennte Parteimann sei, der gedacht werden könnte, und dass er sich glücklich schäze, diesen Tag

erlebt zu haben. Redner spricht fast nur über die Gründung der Länderbank, insofern als diese Angelegenheit nach Ansicht des Redners mit den Staatsfinanzen in Verbindung stehe. Er behauptet, dass die Concessionierung in ganz auffallend geheimnisvoller Weise erfolgt sei, dass die Statuten Privilegien enthalten, wie sie keinem anderen Unternehmen zugestanden worden seien, und dass deshalb diese Concessionierung von besonderer Gefährlichkeit sei. Redner verliest Auszüge aus Artikeln des „Journal des Débats“, der „Times“ und des „National“ sowie Auszüge aus den Statuten der Länderbank und der Wechslerbank. Mit einem Citate aus den Zinnsbriefen schließt der Abgeordnete seine Rede, welche wiederholt von Neuerungen der Ungeduld auf Seite der Rechten unterbrochen wird. (Auf der Linken Beifall, rechts Zischen.)

Das Wort ergreift nun Sr. Excellenz der Herr Finanzminister Dr. Dunajewski:

Ich muss mir erlauben, die Neuerungen des Herrn Vorredners zu widerlegen. Die langen Auseinandersezungen, welche der Redner bei § 3 des in Rede stehenden Gesetzentwurfs vorgebracht hat, bestreifen die Bestimmungen dieses Paragraphen wohl am allerwenigsten. Dieselben hätten mit derselben Verichtigung bei jedem anderen Anlass vorgebracht werden können. Es sind Angriffe gegen mich und gegen die Regierung gemacht worden, und Sie werden es daher dem angegriffenen Theile nicht übelnehmen, wenn er sich vertheidigt, denn sonst hört der Kampf auf und es bleibt nur übrig eine Unterdrückung des einen durch den anderen. Es kann wohl nicht aus dem Grunde, weil man die Ehre hat, Mitglied der kaiserlichen Regierung zu sein, die traurige Pflicht abgeleitet werden, Angriffe, die mitunter persönlicher Natur waren, zu beantworten, obgleich mitunter Schweigen die beste Antwort wäre. Wenn ich aber auf die Angriffe des Herrn Gegners antworte, so ist das, glaube ich, ein Beweis der Achtung für die Opposition. (Bravo! rechts.)

Wir sind bei der Behandlung des § 3. Hierbei kann ich nicht alle Reden, Citate und Journale, aus welchen der Herr Vorredner seine Angriffe wählte, zur Hand haben, um etwa daraus die Waffen gegen ihn zu schmieden. Ich werde daher auf die Citate nicht eingehen. Nur eines will ich hervorheben: dem jeweiligen Minister immer vorzuwerfen, was er vielleicht als Abgeordneter, als Professor oder in irgend einer Stellung — denn der Minister muss doch früher irgend etwas gewesen sein — gesagt oder geschrieben hat, halte ich für nicht am Platze.

Es hat dem Herrn Abgeordneten beliebt, in einer langen Periode mit ganz besonderem Nachdruck fortwährend zu wiederholen: Der Finanzminister hat gesagt, er habe nicht Zeit gehabt, während sechs Monaten seine Vorlagen vorzubereiten. Ich muss darauf erwideren, dass der Finanzminister das nirgends gesagt hat. (Rufe: Sehr richtig! rechts.) Ich will zu geben, dass ein Normalbudget verlangt wurde. Wenn jene Partei es nicht erreicht hat, die so viele Jahre die Macht in der Hand hatte, so möge man sich an jene halten, welche entweder nicht helfen wollten oder nicht helfen konnten, aber nicht einen Vorwurf für den Finanzminister daraus schmieden. (Bravo! rechts.)

Es wurde von dem Abgeordneten viel über die Gründung der Länderbank gesprochen, er hat jedoch die Entstehungsgeschichte nicht im richtigen Lichte dar-

gestellt. Ich kann mich auf die Masse von Programmen, die er aus Zeitungen verlesen hat, nicht einlassen. Ich würde eher die Verantwortung eines Kriegsministers übernehmen, als die Verantwortung für dasjenige, was Journale veröffentlichten. Ist es denn möglich, alles zu demonstrieren, was französische, englische oder andere Blätter bringen? Sie wissen ja auch, welche Wirkung solche Berichtigungen haben. Sie bieten dem Journale nur neues Material, und der Journalist hat in seinem Journale immer das letzte Wort. (Beifall rechts.) Der Abg. Neuwirth meinte, dass die Concessionierung der Länderbank unter großem Geheimnis vor sich ginge. Diesen Vorwurf nehme ich an. Soweit es von der Regierung abhängt, hat, wurde die Sache gründlich in der Vereinigung erwogen. Nachdem dort alles fertig war, erfolgte die Überraschung, dass die Concession erteilt wurde. Der Vorredner fragte, welche Gründe die Regierung hatte, eine solche außerordentliche, noch nicht dagewesene Concession zu ertheilen? Darauf erwiederte ich, dass die Statuten der Länderbank von jenen der Creditanstalt nicht abweichen. Es ist also nichts außerordentliches dabei. (Beifall rechts.) Der Vorredner hat der Regierung bezüglich der Ertheilung der Concession Mangels an Vorsicht vorgeworfen. Es ist allerdings in den letzten Jahren die Vorsicht beobachtet worden, jede neue Concessionierung zu vermeiden. Diese Vorsicht kann aber nicht von ewiger Dauer sein, weil die Verhältnisse sich ändern und weil wir sonst den bestehenden Instituten ein Monopol für alle Zeiten geben. (Bravo! rechts.)

Womit unsere Künstlerinnen ihre Salontische beschweren, das zu sehen war verflossene Woche so manchem gestattet, der unter gewöhnlichen Verhältnissen schwer Einlass erhalten hätte. Zur Unterstützung der schönen erkrankten Schauspielerin Henriette Wieser hatte ein Journalist, der sich der Leidenden schon öfter angenommen und Concerte und Alademiens für dieselbe veranstaltet hatte, den Vorschlag gemacht, die Colleginnen der Künstlerin sollten in ihren Salons

die Gabenspender empfangen, dieser neue Sammelmodus werde von Erfolg sein. Und er hatte sich nicht getäuscht; es gieugen mehr als 1100 fl. ein, und zwar wurden bei Fräulein Heißler 250 fl., bei Frau Friedrich-Materna 203 fl., bei Frau Mayerhoff 161 fl., bei Fräulein Elise Bach 137 fl. 50 kr., bei Fräulein Klein 112 fl. 30 kr., bei Frau Katharina Schrott 99 fl. 60 kr., bei Fräulein Finaly 70 fl., bei Fräulein Marberg 56 fl. und bei Fräulein Werkewitz 31 fl. eingenommen. Die Damen hatten ihre Bereitwilligkeit, Spenden anzunehmen, in mit der Post versendeten Billets angezeigt, und alle die so Eingeladenen kamen, es kamen auch andere, die es als höchsten Genuss ansahen, einmal den Salon einer gefeierten Künstlerin betreten zu können, denn eines jeden Gabe war willkommen. Die Größe der einzelnen Summen, welche eingingen, bezeichnet aber nicht den Grad der Beliebtheit der Künstlerin, sondern eher deren ausgebretete Bekanntheit. Auch rührende Scenen gab es; so kam zu einer Künstlerin ein armes Mädchen und brachte, da sie selbst kein Geld hatte, ihren kleinen goldenen Ring für die arme, fronde Wieser. Der komischen Scenen aber waren entschieden mehr, zumal bei Frau Mayerhoff, welche nicht nur ihren Salon geöffnet, sondern auch ein kaltes Buffet aufgestellt hatte und Thee servieren ließ. Da fanden sich Herren ein, die gar nicht wieder weggehen wollten, sondern sich gemächlich niederließen und den gespendeten Gulden wieder in kalten Rehbraten, Fischmayonaise &c. herausessen wollten. Es gab wirklich Herren, die nur einen Gulden spendeten und für fünf Gulden aßen. Die arme Wieser starb, bevor die Sammlung vollzogen war; nun wird die Summe der Mutter zugute kommen. Ein wahres Schmerzensgeld!

Beweis.

Ich hielt es eben für angemessen, das Kapital eines kapitalreichen Landes heranzuziehen, um eine Förderung der volkswirtschaftlichen Zustände anzustreben. Die besonderen Umstände, die in der Wahl der Per-

sönlichkeit der Concessionäre maßgebend waren, sollten es eben verhindern, dass mit Concessionen, wie es früher der Fall war, hausieren gegangen werden. Den Vorwurf eines Mangels an Vorsicht muss die Regierung ablehnen. Das für die Länderbank nötige Kapital ist bei der österreichisch-ungarischen Bank eingezahlt worden, ganz abweichend von früheren Gründungen, wo gewöhnlich die neu zu gründende Bank die Kapitalien bei einer bestehenden Bank erlegt sein ließ, während factisch kein Kapital vorhanden war. Uebrigens hat die Länderbank ihre Statuten, an welche sie sich bei ihrer Geschäftsgewerbung halten muss. Es ist gesagt worden, dass die Gesamtausgaben im diesmaligen Voranschlag vermehrt sind. Das ist richtig, und die Gründe dafür habe ich angegeben. Ich sah mich genötigt, die 14,5 Millionen schon für das erste Quartal in Anspruch zu nehmen, weil erfahrungsgemäß in den Monaten Jänner und Februar die Steuereingänge schwächer sind.

Wenn der verehrte Herr Abgeordnete am Schlusse seiner Bemerkungen einen ganzen Legenden- und Sagenkreis um die Beziehungen der Regierung zu der Länderbank gezogen hat, so bin ich absolut unsfähig, ihm auf dieses Gebiet der Legende zu folgen. Ich bin kein Poet. Aber über Eines bin ich in der Lage, Aufklärung zu geben. Der Herr Abg. Neuwirth hat bestont, dass die Vorlage von Budgetprovisorien auch bei früheren Regierungen Usus gewesen und dass er (Neuwirth) stets dagegen gesprochen habe. Se. Exzellenz citiert nun mehrere Protokolle, um nachzuweisen, dass in den bezüglichen Debatten der Abg. Neuwirth nie das Wort ergriffen habe. (Bravo! rechts.) Redner schliesst mit der Aufführung eines Passus aus einer Rede des Abg. Wolfrum über das Budgetprovisorium, welcher lautet: "Für das nächste Jahr muss Vorsorge getroffen und wenigstens provisorisch vorgesorgt werden, ob nun dieses angeklagte Ministerium oder ein anderes auf der Ministerbank sitzt, welches vielleicht dem Geschmacke des Abgeordneten, der vor mir gesprochen, besser entspricht. Ich muss daher den Antrag wiederholen, in die Berathung einzugehen." So sprach ein Mitglied der heutigen Opposition. Es steht dabei gedruckt: Bravo! Und ich sage auch Bravo! (Lebhafte Applaus folgte diesen Schlussworten des Finanzministers.)

Abg. Fürrn kranz polemisiert gegen einzelne Bemerkungen des Herrn Finanzministers.

Berichterstatter Graf Heinrich Clam-Martinic weist zuvor erst darauf hin, dass das, was heute vom Abg. Neuwirth vorgebracht worden, nicht gegen den § 3, sondern eigentlich nur gegen die Regierung und namentlich den Herrn Finanzminister gerichtet gewesen sei, der von sich sagen könne: "viel Feind, viel Chr". Auf der einen Seite — sagt Redner — wird fortwährend behauptet, wir von der Rechten seien am Ruder, auf der anderen Seite wieder, dass wir der Regierung stückweise Concessionen abringen. Beides zugleich sei doch nicht möglich. Redner bemerkt, man solle doch nicht bei jedem Anlaufe alle möglichen Fragen heranziehen. (Lebhafte Beifall rechts.)

§ 3 wird hierauf in der vom Ausschusse vorgeschlagenen Fassung angenommen, ebenso § 4, "Titel und Eingang des Gesetzes".

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung, als Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Spanien, Abänderungen des Erwerbs- und Einkommensteuergesetzes, Ausdehnung der Stempel- und Gebührenbefreiung, — wurden ohne erhebliche Debatte in zweiter und dritter Lesung erledigt.

Schriftführer Abg. Neschauer verliest eine Zeitschrift Sr. Exz. des Herrn Handelsministers, in welcher derselbe den Entwurf einer neuen Gewerbe-Ordnung der verfassungsmäßigen Behandlung und den Hause bereits vorliegenden Entwurf, betreffend Abänderungen einzelner Bestimmungen der bestehenden Gewerbe-Ordnung, zurückzieht. (Lebhafte Beifall.) — (Damit hat die bei Beginn der Sitzung eingebrachte Interpellation des Abg. Neschauer ihre Beantwortung gefunden.)

Nächste Sitzung Samstag; auf der Tagesordnung u. a. zweite Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend den kroatischen Grundentlastungsfonds.

### Vom Ausland.

Nach einer der "Pol. Corr." aus Cetinje zu gehenden Meldung hält die Rückkehr der aus Dulcigno ausgewanderten Muhamedaner in ihre Vaterstadt ungeschwächt an. Im Laufe der letzten Tage sind abermals über zehn der emigrierten Familien in Dulcigno eingetroffen. Fürst Nikola beabsichtigt, den Dulcignoten als Entschädigung für die vielfachen Leiden, die sie zu ertragen hatten, verschiedenartige Begünstigungen zu gewähren, und das Ministerium in Cetinje beschäftigt sich eben mit der Frage, ob dieselben in der Form von Steuerbefreiungen oder sonst in irgend einer anderen Art zu bewilligen wären.

Aus Sofia bestätigt man der "Pol. Corr." die Meldung ihres Athener Correspondenten, dass die diplomatische Vertretung Griechenlands dortselbst zum Range einer Ministerresidentenschaft und eines Generalconsulates erhoben werden solle. Das gleiche gilt von

der griechischen Vertretung in Cetinje. Der bisherige Vertreter Griechenlands in Sofia, Herr Byzantios, lehrt, da er einer der ausgesprochensten Parteigänger und Freunde des Herrn Trikupis ist, nicht mehr auf seinen Posten zurück. Ueber die Person seines Nachfolgers ist noch nichts bekannt.

### Tagesneuigkeiten.

— (Oberst v. Schlueterberg.) Am 14ten d. M. ist in Penzing der l. l. Oberst Richard Edler v. Schlueterberg nach zweitägigem Krankenlager gestorben. Der Verbliebene diente vom Cadet bis zum Oberst im 27. Infanterieregiment König der Belgier und machte mit diesem Regimente die Feldzüge 1848, 1849, 1859, 1864, 1866, 1878 mit und hat sich wiederholt vor dem Feinde ausgezeichnet, wofür er mit dem Orden der Eisernen Krone dritter Klasse und dem Militärverdienstkreuz decortiert wurde. Er hinterlässt eine trauernde Witwe, mit der er sich erst vor sechs Wochen vermählt hatte.

— (Der Arlberg-Tunnel.) Nachdem durch Handbohrbetrieb in den abgelaufenen fünf Monaten eine Strecke von 450 Meter, je ungefähr zur Hälfte auf der westlichen und östlichen Seite des Arlberges, ausgefahren wurde, hat kürzlich die Bohrmaschine ihre Thätigkeit begonnen, wodurch die Arbeit unverhältnismäßig gefördert wird. Bekanntlich soll die ganze Länge des Tunnels 10,270 Meter betragen und sind sonach noch 9820 Meter zu bewältigen. Um das große Werk innerhalb der festgesetzten Frist von sechs Jahren zu stande zu bringen, müssen nunmehr im Mittel täglich bei 4,48 Meter gebohrt werden, was bei der Leistungsfähigkeit der Maschinen mit Leichtigkeit wird erzielt werden können, da ihre Bohrer in circa einer halben Stunde ein Meter tief in das Gestein eindringen und sich die erwähnte durchschnittliche Leistung per Tag auf die beiden Seiten des Richtstollens verteilt.

— (Eisenbahnnunglück.) Auf dem Verbindungsgeleise gegen Kotroceni in Siebenbürgen wurde am 8. d. M. ein Wagen mit vier Insassen, worunter ein rumänischer Geistlicher, im Augenblicke des Ueberfahrens des Geleises von einer Locomotive erfasst und zertrümmert. Der Geistliche wurde von den Rädern der Locomotive buchstäblich entzweigeschnitten, die übrigen Insassen alle schwer verwundet, so dass an deren Aufkommen gezweifelt wird. Der Geistliche hatte für 10 Uhr vormittags eine gerichtliche Vorladung in einer Processe angelegenheit und wollte, um den Termin nicht zu versäumen, das Vorüberfahren der Maschine nicht abwarten. Bedenfalls ist der Barrièremärkte, welcher den Ueberweg überwachen sollte, für dieses Unglück in erster Linie verantwortlich.

— (Hinrichtung.) Im Hofraum des Newgate-Gefängnisses zu London wurden am 13. d. M., früh um 8 Uhr, zwei Mörder, William Herbert und Georg Pavely, durch den Strang hingerichtet. Ersterer hatte seine Schwägerin Jane Messanger im Finsbury-Park aus Eifersucht erschossen, letzterer ein junges Mädchen unter empörenden Umständen ermordet. Die Delinquenten traten den Gang zum Schafott sehr gefasst an.

— (Ein Frauennörder vor Gericht.) Man schreibt aus Kairo vom 2. d. M.: "Heute wurde vor dem hiesigen Polizei-Tribunale der Proces gegen den Scheik Mogralein beendigt, der beschuldigt war, mehrere Frauen unter dem Vorwande, ihnen durch sein Gebet den fehlenden Kindersegens zu verschaffen, in sein Haus gelockt, sie hier erdrostelt und beraubt zu haben. Der Scheik gestand auch ein, achtzehn Frauen ins Jenseits befördert zu haben. Er wurde deshalb zum Tode durch den Strang verurtheilt. Die Leichen der ermordeten Opfer hatte der Mörder in eine Eisterne in seinem Garten geworfen."

### Locales.

— (Aus dem Gemeinderathe.) Die gestern abends abgehaltene öffentliche Sitzung des Laibacher Gemeinderathes wurde von dem Herrn Bürgermeister Lachan um  $\frac{1}{4}$  Uhr in Anwesenheit von 25 Gemeinderäthen mit der Mittheilung eines vom Ugramer Bürgermeister eingelaufenen warmen Dankschreibens für die von der Laibacher Stadtvertretung zugunsten der durch das Erdbeben hart betroffenen ärmeren Bevölkerung Ugrams votierte Spende von 500 fl. eröffnet. Zu Verificatoren des Sitzungsprotokolles bestimmte der Vorsitzende die Gemeinderäthe Doberlet und Peskovic. Den ersten Theil der Tagesordnung bildete eine Reihe von Berichten der Finanzsection, über welche Herr Gn. Dr. Suppan referierte, und zwar zunächst über den Voranschlag des städtischen Armenfondes für das Jahr 1881. Im Sinne der Sectionsanträge wurde die Bedeckung desselben mit 14,357 fl. und das Erfordernis mit 19,338 fl. genehmigt und die Deckung des hieraus resultierenden Abgangs per 4981 fl. aus der Stadtkasse genehmigt. Letzterer beträgt heuer um 656 fl. mehr als im Vorjahr. Die einzelnen Posten wurden ohne Debatte angenommen; eine kurze Discussion, an der die Gemeinderäthe Regali, Deschmann, Horak und der Referent teilnahmen, entspann sich bloß über das Capitel "Armen-

betheilung." Der vom Gn. Regali diesbezüglich gestellte und vom Gn. Deschmann zum Theil unterstützte Antrag, dass in Hinwendung strikte nur nach Laibach zuständige Arme mit Unterstützungen befreit werden sollen, wurde, nachdem der Referent versichert hatte, dass dieses Principe ohnehin auch bisher fast ausnahmslos eingehalten wurde, abgelehnt. Gleichzeitig wurde der Magistrat über Antrag Dr. Suppans angewiesen, Bericht zu erstatten, wie viele unter jenen 350 Personen, welche heuer aus dem Armenfonde unterstützt wurden, nicht nach Laibach zuständig seien.

Der Voranschlag des städtischen Volksschulfondes für das Jahr 1881 wurde in der Gesamtbedeckung per 17,327 fl. und dem Erfordernisse per 21,320 fl. sonach mit einem aus der Stadtkasse zu deckenden Abgang per 3696 fl. ohne Debatte genehmigt. Neu eingestellt in diesen Voranschlag wurde über persönlichen Antrag des Referenten bloß ein Betrag von 10 fl. zur Beschaffung einer kleinen Büchersammlung für die Schüler der städtischen Volksschule am Carolinengrunde. — Conform mit dem Sectionsantrage wurde dem städtischen Armenfonde ein mit 6 Prozent zu verzinsendes Darlehen per 5500 fl. aus dem städtischen Unlehnshofde bewilligt, damit ersterer in seiner Eigenschaft als Universalerbe nach der verstorbenen Schneidergattin Maria Pohl imstande sei, die von derselben testamentarisch angeordneten Legate per 6000 fl. schon jetzt auszuzahlen, bevor noch die aus der Veräußerung des Pohl'schen Hauses erzielte Kaufsumme ganz eingeflossen sei. — Auf die der Stadtgemeinde gehörige, an die l. l. Tabaksfabrik grenzende Wiesenparcele, welche mit dem Aufrufspreise von 715 fl. zum Verkaufe ausgeschrieben war, ist bloß ein von der Frau Mathilde Rudesch überreichtes Offert mit dem Anbole von 460 fl. eingelaufen, das jedoch im Wege mündlicher Verhandlungen von ihr nachträglich auf 550 fl. erhöht wurde. Ueber Antrag der Finanzsection beschloss der Gemeinderath, dieses Offert anzunehmen und beauftragte den Magistrat, den Verkauf der genannten Wiese um den Betrag von 550 fl. abzuschließen.

Ueber die vom Gn. v. Huber als Referenten der vereinigten Personal- und Rechtssection kurz begründeten Anträge wurden vom Gemeinderathe folgende Beschlüsse gefasst: 1.) Die Aufstellung des Herrn Franz Ternik zum städtischen Bezirksvorsteher für die Stadttheile Krakau und Ternau an Stelle des freiwillig zurückgetretenen bisherigen Vorstehers Karl Bagar; 2.) die Querlennung der normalmäßigen, vom 1. Dezember d. J. an flüssig zu machenden Jahrespension per 256 fl. 67 kr. an die Witwe des am 25. v. M. verstorbenen ersten städtischen Kanzlisten J. Mandl; 3.) die durch den Tod des Herrn Mandl ermöglichte graduelle Vorrückung des bisherigen zweiten, dritten und vierten städtischen Kanzlisten in die nächst höhere Stelle unter Beibehalt der von denselben bisher erworbenen Quinquennialzulagen. Die hierdurch in Erledigung gekommene vierte Kanzlistensstelle mit dem Jahresgehalte von 500 fl. wurde dem seit dem Jahre 1875 in Verwendung stehenden magistratlichen Kanzleipracticanten Karl Bachainer verliehen.

Den wichtigsten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Bericht der vereinigten Baupolizei- und Finanzsection über das vom Stadtbauamte vorgelegte Elaborat für den Bau eines städtischen Central-Schlachthofes. Die Errichtung desselben ist bekanntlich schon seit längerer Zeit im Principe beschlossen, doch konnte man erst nach glücklich durchgeföhrter Finanzierung des Laibacher Lotterie-Unlehnens an die thatsächliche Ausarbeitung des Projectes schreiten. Das eingehende Referat über diese Frage erstattete der Obmann der Bausection, Herr Gn. Biegler. Der 102 Ar oder 1.78 Joch umfassende Baugrund, auf welchem das Schlachthaus zu stehen kommen soll, wurde von der Gemeinde bereits angekauft und liegt auf der Polana unweit der Bündholzfabrik in der Richtung gegen den Gruber'schen Kanal. Um den Zugang zu demselben zu erleichtern, wird eine neue Fahrstraße angelegt werden müssen. Die Gesammt-Baukosten sind auf 145,501 fl. 36 kr. veranschlagt. Das Schlachthaus nebst allen Nebenlocalitäten muss bis längstens Ende Oktober 1881 fix und fertig sein, für jede Woche Verspätung über diesen Termin sei für den Bauunternehmer ein Pönale von 200 fl. festzusehen. Nach eingehender fachmännischer Erläuterung des Projects, dessen detaillierte, vom Herrn Stadtingenieur Wagner mit grossem Fleiss ausgearbeitete Situationspläne zur Besichtigung für die Gemeinderäthe im Sitzungssaale auslagen, stellte der Referent folgende Anträge: 1.) Die Errichtung des Central-Schlachthofes sei auf Grund der vorliegenden Pläne und im Kostenvoranschlag per 145,501 fl. 36 kr. zu genehmigen; 2.) für die Uebernahme des Baues sei eine öffentliche Offertverhandlung im Wege einer schriftlichen Minuendo-Vicitation auszuschreiben und das Ergebnis derselben dem Gemeinderathe zur Ratification vorzulegen; 3.) den in dieser Angelegenheit verwendeten Experten und Magistratsbeamten sei der Dank des Gemeinderathes auszusprechen und dem Herrn Stadtingenieur Wagner überdies für die musterhafe Entwurfung und Ausführung der Pläne eine Remuneration von 200 fl. zuzuerkennen. Die vorstehenden Anträge wurden vom Gemeinderathe ohne Debatte stimmeinhellig zum Beschluss erhoben und unter einem über Antrag des Gn. Regali dem

